

## **Antrag**

**der Abg. Wolfgang Drexler u. a. SPD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration**

### **Konzeption zur Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) und Situation der Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG REX)**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie viele Mitarbeiter in dem Programm „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG REX)“ des Landeskriminalamts Baden-Württemberg derzeit arbeiten;
2. inwiefern es zutrifft, dass Anwerbegespräche, die sich an Aussteiger aus der rechten Szene richten, grundsätzlich zu zweit durchgeführt werden sollen;
3. ob es zutrifft, dass derzeit keine Anwerbegespräche geführt werden;
4. wie sich die finanzielle und personelle Ausstattung der Aussteigerprogramme künftig, d. h. nach der Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das KPEBW, gestalten wird;
5. welche Gründe für eine Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus (KPEBW) sprechen;
6. welche konkreten Schwierigkeiten sich bei der Eingliederung stellen und inwiefern diese auch darin begründet sind, dass es sich bei islamistischem Extremismus und Rechtsextremismus um unterschiedliche Phänomene handelt;

7. welche konkrete Konzeption der Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das KPEBW zugrunde liegt;
8. ob und seit wann ein Fachbeirat existiert, der speziell die Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das KPEBW begleitet;
9. wie sich der Fachbeirat personell zusammensetzt und welche konkreten Aufgaben er hat.

06.07.2017

Drexler, Binder, Hinderer,  
Stickelberger, Dr. Weirauch SPD

#### Begründung

Der SWR hat berichtet (SWR Aktuell vom 30. Juni 2017), dass das Aussteigerprogramm BIG REX derzeit mangels Personal keine Anwerbegespräche durchführen kann. Der Antrag verfolgt das Ziel, hierzu Näheres in Erfahrung zu bringen. Außerdem stellt sich grundsätzlich die Frage, welches Konzept der Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerkes gegen (islamistischen) Extremismus (KPEBW) zugrunde liegt und bis wann die Eingliederung erfolgen wird. Aus der Stellungnahme der Landesregierung in der Drucksache 16/171 ergibt sich, dass die konzeptionellen Vorarbeiten zur Eingliederung voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2016 abgeschlossen seien. Daher ist davon auszugehen, dass mittlerweile ein Konzept vorliegt.

#### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 1. August 2017 Nr. 3-1228.3/468 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

1. wie viele Mitarbeiter in dem Programm „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG REX)“ des Landeskriminalamts Baden-Württemberg derzeit arbeiten;

Zu 1.:

Das Aufgabenspektrum der BIG REX im Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) umfasst derzeit unter anderem die Betreuung von Aussteigern in der sogenannten Nachsorgephase, Vorträge im Rahmen der Aus- und Fortbildung, Kontaktpflege zu Netzwerkpartnern sowie die Betreuung der Hotline der BIG REX. Die Aufgaben werden momentan von einem Polizeibeamten wahrgenommen.

2. *inwiefern es zutrifft, dass Anwerbegespräche, die sich an Aussteiger aus der rechten Szene richten, grundsätzlich zu zweit durchgeführt werden sollen;*
3. *ob es zutrifft, dass derzeit keine Anwerbegespräche geführt werden;*

Zu 2. und 3.:

Entsprechende Gespräche richten sich an mögliche Aussteiger aus der rechten Szene und werden aus Gründen der Eigensicherung regelmäßig zu zweit durchgeführt. Die Zahl solcher Gespräche hat sich in den vergangenen Jahren sukzessive reduziert. Hintergrund ist der Umstand, dass durch Offensivansprachen im Zuge umfangreicher Konzeptionseinsätze in den vergangenen Jahren ein großer Teil der potenziell ausstiegswilligen Personen der rechten Szene bereits angesprochen wurde. Die Zahl der durch BIG REX betreuten Aussteiger befindet sich auf dem Niveau der Vorjahre.

Aufgrund der vorgesehenen Übernahme der Aufgabe der BIG REX durch das Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) wurden Offensivansprachen innerhalb von Konzeptionseinsätzen temporär ausgesetzt. Gespräche aufgrund einer Kontaktaufnahme zur BIG REX durch ausstiegswillige Personen oder deren näherem Umfeld sind weiterhin gewährleistet. Sofern ein persönliches Gespräch mit dem Ausstiegswilligen vereinbart werden kann, wird der Beamte der BIG REX durch einen weiteren Mitarbeiter/eine weitere Mitarbeiterin des LKA BW begleitet.

4. *wie sich die finanzielle und personelle Ausstattung der Aussteigerprogramme künftig, d. h. nach der Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das KPEBW, gestalten wird;*

Zu 4.:

Für die Präventionsarbeit im Bereich des Rechtsextremismus im KPEBW sind derzeit fünf Stellen für Referenten/Referentinnen, die potenziell Ausstiegswillige sowie deren Umfeld beraten, sowie eine Stelle für einen Wissenschaftler/eine Wissenschaftlerin in der Geschäftsstelle des KPEBW ausgeschrieben. Eine Sachbearbeiterstelle in der Geschäftsstelle des KPEBW im Phänomenbereich Rechtsextremismus wurde im Juli 2017 besetzt.

Für den Staatshaushaltsplan 2018/2019 sind darüber hinaus weitere Haushaltsmittel für die Erweiterung des KPEBW auf den Bereich des Rechtsextremismus in Höhe von jährlich 250.000 Euro angemeldet worden.

5. *welche Gründe für eine Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus (KPEBW) sprechen;*
6. *welche konkreten Schwierigkeiten sich bei der Eingliederung stellen und inwiefern diese auch darin begründet sind, dass es sich bei islamistischem Extremismus und Rechtsextremismus um unterschiedliche Phänomene handelt;*

Zu 5. und 6.:

Der Ausstieg von Rechtsextremisten aus der rechten Szene – wie auch von Extremisten in anderen Phänomenbereichen – erfordert zum Teil lange und umfangreiche Beratungs- und Betreuungsleistungen sowie die koordinierte Zusammenarbeit mit anderen Leistungsträgern im Rahmen einer intensiven Netzwerkarbeit. Beispielhaft seien hier Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, Sozialarbeit, Bundesagentur für Arbeit, Anbieter von Antigewaltprogrammen oder Suchttherapieeinrichtungen genannt. Die langjährige Praxis hat gezeigt, dass bei der derzeitigen Praxis der BIG REX das gesetzlich verankerte Legalitätsprinzip bei der Ausstiegshilfe durch Polizeivollzugsbeamte zu Schwierigkeiten/Interessenskonflikten führen kann.

Zudem entstehen durch die beschlossene Erweiterung des Aufgabenspektrums des KPEBW auf alle Extremismusbereiche spürbare Synergieeffekte sowohl personell als auch in der konkreten Erfahrung in Bezug auf die Fallbetreuung und Erprobung von Methoden. Gebotenen fachlichen Differenzierungen soll beispielsweise durch die Einbindung wissenschaftlicher Expertise speziell für den jeweiligen Phänomenbereich innerhalb des KPEBW Rechnung getragen werden. Den genannten Überlegungen folgend, wurde im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg 2016 bis 2021 die Aufgabenerweiterung des KPEBW auf alle Bereiche des Extremismus aufgenommen.

*7. welche konkrete Konzeption der Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das KPEBW zugrunde liegt;*

Zu 7.:

Die Konzeption zur Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus wird derzeit abgestimmt. Die geplante Übernahme der Aufgaben der BIG REX durch das KPEBW soll im ersten Quartal 2018 erfolgen.

*8. ob und seit wann ein Fachbeirat existiert, der speziell die Eingliederung des Bereichs Rechtsextremismus in das KPEBW begleitet;*

*9. wie sich der Fachbeirat personell zusammensetzt und welche konkreten Aufgaben er hat.*

Zu 8. und 9.:

Die konstituierende Sitzung des Fachbeirats KPEBW (FB KPEBW) fand am 14. Dezember 2015, dem Tag der offiziellen Einweihung des KPEBW, statt. Die personelle Zusammensetzung und konkreten Aufgaben des FB KPEBW ergeben sich aus der Geschäftsordnung des KPEBW. Die Mitglieder des FB KPEBW kommen aus den Bereichen der landesweit tätigen nichtstaatlichen Organisationen, Ministerien, Landesbeauftragten und nachgeordneten Behörden sowie wissenschaftlichen Institutionen.

Die Aufgaben der Fachbeiratsversammlung umfassen die Diskussion und Beratung aktueller Themen, die Erarbeitung von Vorschlägen zu Zielsetzungen, Ausrichtung und Aufgabenschwerpunkten des KPEBW, die Einsetzung und Beratung von Arbeitsgruppen und Kommissionen, die Entsendung von Mitwirkenden in Arbeitsgruppen und Kommissionen, die Wahl der Mitglieder des Lenkungsausschusses aus den landesweiten nichtstaatlichen Organisationen, die Entgegennahme und Diskussion des Jahresberichts des Lenkungsausschusses sowie die fachliche Begleitung der Geschäftsstelle. Das Erfordernis einer Parallelstruktur zur Überführung des Bereichs Rechtsextremismus in das KPEBW besteht nicht.

Strobl

Minister für Inneres,  
Digitalisierung und Migration